

Es gilt das gesprochene Wort.

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen Freitag, 20. Januar 2017

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
geschätzte Ehrengäste, liebe Tübingerinnen und Tübinger,

hinter uns liegt ein Jahr, das viele verstörende Nachrichten aus der weiten Welt in unsere kleine Stadt getragen hat. Die meisten dieser Nachrichten sind mit Städtenamen verknüpft. Aleppo. Istanbul. Nizza. Berlin. Ansbach. Würzburg. Freiburg. Städte waren schon immer Orte der gesellschaftlichen Innovation und Brennpunkte sozialer Probleme. Im Jahrhundert der globalen Urbanisierung wird das noch sichtbar. Mit allen Glanz- und Schattenseiten.

Über das Attentat auf den Tanzclub Bataclan und Straßencafés in Paris habe ich an dieser Stelle vor einem Jahr gesprochen. Das neue Jahr 2017 hat leider schon wieder mit einem solchen Attentat auf den liberalen westlichen Lebensstil begonnen. Wir werden mit den schlechten Nachrichten noch eine Weile leben müssen.

Wir können und dürfen über solch schreckliche Ereignisse nicht einfach hinweggehen. Wir können und müssen aber versuchen, das Leben in unserer Stadt so frei und unbeschwert wie möglich zu gestalten. Wir sollten wieder zum umbrisch-provenzalischen Markt gehen, zum Stadtfest oder zum Weihnachtsmarkt. Auch wenn wir nicht sicher sind, können und dürfen wir hoffen, dass unsere Stadt auch 2017 von Anschlägen und Morden verschont bleibt. Wir müssen uns um die vielen kommunalen Aufgaben kümmern, die im globalen Kontext unbedeutend erscheinen, aber für uns von großer Bedeutung sind. Wir können dankbar sein, wie gut es uns im Zeit- und Weltvergleich geht und dürfen daran arbeiten, dass die Zukunft noch besser wird.

Uhland-Plakette für Sigrid Kochendörfer

Eine Frau, die das seit vielen Jahren tut, möchte ich heute stellvertretend für viele andere in besonderer Weise würdigen. Der Gemeinderat hat im vergangenen Jahr eine neue Ehrungsordnung verabschiedet. Ja, Ordnung muss sein, auch bei Ehrungen! Demnach verleiht der Gemeinderat die Hölderlin-Plakette für „herausragende“ Verdienste um die Stadt. Dem Oberbürgermeister steht das Recht zu, für „besondere“ Verdienste die Uhland-Plakette zu verleihen. Damit es nicht zu einer Inflationierung von Ehrungen kommt, hat der Gemeinderat eine Regelung getroffen, die sich an die französische Ehrenlegion

anlehnt: Es darf nicht mehr als 25 lebende Trägerinnen und Träger der Hölderlin-Plakette und nicht mehr als 50 mit der Uhland-Medaille geben. Weil wir den Geehrten ein langes Leben wünschen, heißt das: Pro Jahr etwa einmal Hölderlin und zweimal Uhland. Und „einen Uhland“ möchte ich heute übergeben:

Seite 2 von 10

Im Jahr 1999 wurde in Tübingen der Verein „Hilfe für kranke Kinder“ gegründet. Wahrscheinlich geht es Ihnen wie mir: Nichts ist schlimmer als die Vorstellung, dass die eigenen Kinder schwer oder gar unheilbar krank werden könnten. Familien, die ein so schweres Schicksal erleiden, bekommen an unserer Kinderklinik die bestmögliche medizinische Versorgung. Für viele Sorgen und Nöte dieser Eltern und Kinder gibt es aber keine Abrechnungsziffer. Die Sozialsysteme können das nicht auffangen. Menschliche Zuwendung, ein Geschenk, Unterkunft, gemeinsame Zeit, schöne Erlebnisse – all das sind Bedürfnisse, für die es schwierig ist, öffentliche Mittel bereitzustellen.

Eine Frau, die dieses Defizit früh erkannt hat, ist heute unter uns. Sie hat 1990 ihre Arbeit im psychosozialen Dienst der Kinderklinik begonnen und schon bald danach Spenden eingesammelt, um den von ihr betreuten Familien besser helfen zu können. 1999 gab sie den Anstoß zur Gründung des Vereins „Hilfe für kranke Kinder“. Im letzten Jahr fusionierte der Verein mit der Dietrich-Niethammer-Stiftung zur Stiftung „Hilfe für kranke Kinder“. Das Stiftungsfest war ein beeindruckendes Feuerwerk der Hilfsbereitschaft, wie ich es selten zuvor erlebt habe.

Der Sozialfonds für die Familien ist weiterhin das Kernstück der Stiftungshilfen. Doch auch Projekte wie Kranke Kinder ans Netz, das Kindernachsorgezentrum, das Simulationstraining für Notfälle im Kindesalter, eine mobile Kinderintensivtransport-Einheit und das ambulante Palliativteam der Kinderklinik sind die Ergebnisse des gemeinnützigen Engagements der Stiftung.

Von Beginn an bis heute immer ehrenamtlich ganz vorne mit dabei war und ist die heutige Stiftungsvorstandsfrau Sigrid Kochendörfer. In den vergangenen 17 Jahren hat Sigrid Kochendörfer dazu beigetragen, dass die Hilfe für Patienten unserer Kinderklinik insgesamt 4,2 Millionen Euro Spendengelder erhalten hat. Für diese besonderen Verdienste – nicht nur, aber auch – um die Stadt Tübingen möchte ich Sigrid Kochendörfer nun die Uhland-Plakette verleihen und bitte Sie, dafür auf die Bühne zu kommen.

Postfaktische Debatten

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wort des Jahres 2016 lautet „postfaktisch“. Für meine Begriffe eine sehr gute Wahl der Gesellschaft für deutsche Sprache. Sie hat damit den erschreckenden Trend ins Blickfeld gerückt, gesellschaftliche Debatten frei von störenden Fakten zu führen. Die sozialen Medien sind für diese Entwicklung eine Art

Turbo. Facebook und Co. wollen, dass sich die Nutzer wohlfühlen. Deshalb zeigen sie ihnen bevorzugt Nachrichten, die ihnen gefallen, die also in das jeweilige Weltbild passen. So entstehen Filterblasen, die schnell postfaktisch werden. Denn wo kein Widerspruch das Wohlbefinden stört, fehlt das Korrektiv der Kritik.

Wir tun uns alle leicht, diesen Zustand in den USA zu diagnostizieren und zu verurteilen. So weit müssen wir aber nicht gehen. Es gibt auch in Tübingen Beispiele von postfaktischen Debatten. Ich möchte das möglichst anschaulich und konkret schildern und fange deshalb mit einer Entschuldigung an: Falls Sie Nachbar der Franzosenwiese sind oder auf einer Unterschriftenliste für deren Erhalt unterschrieben haben, nehmen Sie mir bitte nicht übel, dass ich diese Diskussion als leicht verständliches Beispiel aufgreife. Ich mache Ihnen keinen persönlichen Vorwurf, ich nenne keine Namen und es geht mir auch nicht darum, ob es nun richtig oder falsch ist, an dieser Stelle zu bauen. Es geht mir nicht um das Was, sondern um das Wie. Und da hat mich einiges sehr betroffen gemacht.

Auf meinem Schreibtisch liegt ein Text, den mehr als 700 Menschen unterschrieben haben. Dort heißt es wörtlich: „Wir sind für eine Anschlussunterbringung für bis zu 80 Flüchtlinge. Aber hier in der Südstadt drei Gebäude zu errichten, die von ihrer Größe eine Maximalbelegung von ca. 300 Personen zulassen, ist keine kleinteilige Unterbringung.“ Ich sage Ihnen ehrlich, da hätte ich auch unterschrieben. Ich würde auch dagegen protestieren, dass die Stadt neben meiner Wohnung Häuser für 300 Flüchtlinge baut.

Nur sind die Fakten ganz andere: Es ist völlig ausgeschlossen, dass dort jemals 300 Flüchtlinge untergebracht werden. Die von der Stadt schriftlich genannte, rein theoretische Maximalbelegung liegt bei 160 Personen. Also der Hälfte. Der Gemeinderat und der Aufsichtsrat der GWG haben aber beschlossen, zur Erleichterung der Integration ein Drittel der Neubauten als Sozialwohnungen für heimische Mieter zu errichten. Gleichzeitig wurde verbindlich festgelegt, dass nicht mehr als 80 Flüchtlinge an diesem Standort unterkommen werden.

Wir wollen also genau das tun, wofür die Anwohnerinitiative nach ihren eigenen Worten eintritt: 80 geflüchteten Menschen eine neue Heimat geben. Die Unterschriften werden aber mit dem Argument gesammelt, es könne ein fast viermal so großes Flüchtlingsghetto entstehen. Das macht eine sachliche Auseinandersetzung sehr schwierig.

Der Gemeinderat und die Verwaltung haben das Anliegen der IG Franzosenwiese gleichwohl sehr ernst genommen. Die Lage der Gebäude wurde verändert, die Höhe, die Breite und die Tiefe wurden verringert, das Dachgeschoss verkleinert, wir haben wirklich

jeden Vorschlag genau geprüft und viele Kompromisse gemacht. Am Ende aber haben fast alle Fraktionen des Gemeinderates und die Hälfte der Linken gesagt: Wir können nicht auf noch mehr Wohnraum an dieser Stelle verzichten. Hier überwiegt das gesamtstädtische Interesse, günstigen Wohnraum zu errichten, die privaten Abwehrinteressen.

Seite 4 von 10

Ich verstehe gut, dass die Anwohnerinnen und Anwohner mit der Entscheidung unzufrieden sind und sie kritisieren. Auch mit deutlichen Worten. Ich bin ja selbst manchmal für ein deftiges Wort zu haben. Das ist schon recht. Doch leider blieb die Kritik nicht bei der Sache. Zahlreiche Leserbriefe sprachen dem Gemeinderat und der Verwaltung die demokratische Legitimation ab. Das hat mir große Sorgen bereitet. Ich gebe Ihnen dazu drei wörtliche Zitate als Beispiel:

- „Es ist ein dünnes demokratisches Mäntelchen, unter dem ich vor allem ausgeprägtes Machtbedürfnis und ein starkes Bedürfnis nach Selbstdarstellung wahrnehme.“
- „Wenn den Volksvertretern und Volksverwaltern das Volk zu nahe kommt, kann es ungemütlich werden. Und dann rückt man zusammen, und zwar weg vom Volk.“
- „Die Gemeinderäte fühlen sich genug informiert, natürlich von der Stadtverwaltung. Die Meinung derer, die vor Ort wohnen, ist ihnen suspekt. Damit wird die Stadtverwaltung immer leichtes Spiel haben. Wozu brauchen wir dann noch einen Gemeinderat?“

Liebe Tübingerinnen und Tübinger, wenn wir uns in einer Sachfrage nicht einig sind, dann sollten wir das austragen. Wir werden es aber nicht schaffen, uns immer einig zu sein. Das müssen wir dann aushalten. Wenn uns eine Entscheidung des Gemeinderates nicht passt, dürfen wir deshalb nicht gleich die ganze kommunale Demokratie in die Tonne treten. Lassen Sie uns streiten, wenn es sein muss, wie die Kesselflicker, aber lassen Sie uns bei der Sache bleiben. Oder bei den Fakten, um das Wort des Jahres aufzugreifen.

Der neue Flächennutzungsplan

Wenn schon eine kleine Wiese so großen Aufruhr verursachen kann, dann stehen uns dieses Jahr noch große Diskussionen ins Haus. Denn eine der großen kommunalpolitischen Aufgaben, die wir 2017 meistern müssen, ist die Entscheidung darüber, wo in den kommenden Jahrzehnten gebaut werden kann. Es erscheint mir daher ein Gebot der Vorsicht, meine heutige Rede zu nutzen, um Sie mit möglichst vielen Fakten zu diesem Thema auszustatten.

Was uns bevorsteht, nennt sich Neufassung des Flächennutzungsplans. Wir tun dies in einem Nachbarschaftsverband mit der Stadt Reutlingen und den Gemeinden Dettenhausen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Wannweil, Pfullingen und Eningen. Der bestehende Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1979 ist hoffnungslos veraltet. Die Neufassung ist ein sehr aufwändiges Verfahren, das nun schon mehr als fünf Jahre in Anspruch nimmt. Immerhin haben wir mittlerweile den größten Teil der Arbeit erledigt. Zum Beispiel sind 65 Hektar Wohnbaufläche in der Gesamtstadt weitgehend im Konsens festgelegt. Ein herzliches Dankeschön an unsere Teilorte, die hier durch ihre Rahmenpläne sehr verantwortlich zwischen dem Bedarf an Wohnflächen und dem Erhalt unserer Landschaft abgewogen haben. Übrig sind nun vor allem die politisch besonders strittigen und sensiblen Fragen:

1. Wo kann die Universität den Campus Morgenstelle erweitern?
2. Welche Flächen erhält die klinische Forschung für Neubauten am Bergstandort?
3. Wie viel Gewerbeflächen-Wachstum wollen wir zulassen und wo sollen diese Flächen liegen?

Um diese Fragen sinnvoll beantworten zu können, brauchen wir eine gründliche Analyse des Flächenbedarfs. Ich sehe für das Wachstum unserer Stadt, das diesen Bedarf begründet, vier Hauptursachen:

Wachstumsfaktor 1: Die kleine große Schwarmstadt

Sie wissen es, unser verstorbener Ehrenbürger Walter Jens hat Tübingen als „kleine große Stadt“ beschrieben. Diese Qualität haben wir in den letzten drei Jahrzehnten noch ausgebaut. Tübingen ist weiterhin klein und schön genug, um sich hier sehr wohl zu fühlen. Zugleich ist es groß genug, um geistig und naturwissenschaftlich weltweit auszustrahlen. Tübingen zieht junge Menschen in großer Zahl an. Die Demografie hat für dieses Phänomen den Begriff „Schwarmstadt“ geprägt. Wir sind wahrscheinlich die kleinste Schwarmstadt Deutschlands.

Wie sehr die Attraktivität unserer Stadt unser Wachstum bestimmt, zeigt ein Vergleich der Zahlen der letzten zehn Jahre mit dem nur 50 Kilometer entfernten Albstadt: Während Tübingens Bevölkerungszahl um statistische Effekte bereinigt in zehn Jahren um 7.000 Menschen oder neun Prozent angewachsen ist, hat Albstadt einen Rückgang von 6.000 Personen oder ein Minus von zwölf Prozent gegenüber dem Höchststand Anfang der 90er-Jahre zu verkraften. Zwei Städte, eine Region, vollkommen gegensätzliche Entwicklungen.

Keine Frage, Schwarmstädte haben Probleme. Es ist schwierig, eine Wohnung zu finden und noch schwieriger, sie zu bezahlen. Menschen, die wenig Geld haben, werden ver-

drängt und sind zunehmend auf Hilfe angewiesen. Der Verkehr nimmt zu und die Staus werden länger. Es wird enger in Schulen, Kitas, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen. Mehr Menschen nutzen eine öffentliche Infrastruktur, die so schnell gar nicht mitwachsen kann. Aber würden wir deswegen mit einer schrumpfenden Stadt tauschen oder selbst dorthin ziehen wollen?

Seite 6 von 10

Zu den Problemen, die eine Schwarmstadt lösen muss, gehört neben den genannten auch der Flächenverbrauch. Wo und wie viel gebaut wird, ist für die Stadtentwicklung und für den Schutz der Natur gleichermaßen zentral.

Wachstumsfaktor 2: Die Exzellenzuniversität

Unsere Universität hat in den letzten zehn Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Das sollte man vor allem an wissenschaftlichen Ergebnissen messen. Für unsere Fragestellung ist aber die Entwicklung der Arbeitsplätze und der Nutzflächen entscheidend. Das Resultat hat mich verblüfft: Heute beschäftigt die Universität 1.700 oder 31 Prozent mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als vor zehn Jahren. Das ist an sich schon erstaunlich. Noch erstaunlicher finde ich aber, dass dies gelungen ist, obwohl die von der Universität genutzten Flächen nur um sechs Prozent gewachsen sind. Lieber Rektor Bernd Engler, das ist einen Dank wert. Einen Dank an das Rektorat, das die Universität auf einen sehr erfolgreichen Weg gelenkt hat. Und einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die offenkundig in beengten Verhältnissen Großartiges leisten!

Ich denke, die Zahlen zeigen sehr deutlich: Die Universität kann ihren erfolgreichen Weg nur weitergehen, wenn sie neue Forschungs- und Lehrgebäude errichtet. Die Universität hat wissenschaftlich das Potenzial, noch mehr international renommierte Forschungspersonlichkeiten anzuziehen. Rektor Engler musste letztes Jahr erstmals exzellente Projektanträge ablehnen, weil es keine Flächen mehr gibt. Eine weitere Verdichtung zu einer Art Legebatterienforschung ist sicher auch keine Lösung. 12.000 Quadratmeter neue Flächen für die Universität sind bereits im Bau oder fest eingeplant. Das wird aber nicht reichen. Bis 2035 sieht die Universität einen Bedarf an 50.000 Quadratmetern neuer Nutzfläche.

Wachstumsfaktor 3: Die Tübinger Hochleistungsmedizin

Sie haben es wahrscheinlich gelesen, Landessozialminister Manfred Lucha erwartet, dass 20 Prozent der Krankenhäuser in Baden-Württemberg schließen müssen. Der Grund ist der medizinische Fortschritt. In kleinen Krankenhäusern kann die Hochleistungsmedizin von heute nicht angeboten werden, weil die Spezialisten fehlen. Zugleich werden wir älter und damit eben leider auch häufiger Patienten von Krankenhäusern. Beides führt dazu, dass unser Universitätsklinikum in Zukunft immer mehr Patienten zu versorgen

hat. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Patienten am UKT um 30 Prozent gewachsen. Medizinischer Fortschritt und steigende Patientenzahlen, beides geht nicht ohne neue Klinik- und Forschungsgebäude. Mit dem neuen Masterplan hat das UKT sich selbst einen Weg vorgegeben, die meisten Gebäude als Ersatz für bestehende Klinikkomplexe zu errichten. Aber auch hier geht es nicht ohne neue Flächen, vor allem für Forschung. Der Bedarf an Neubauten wird bis 2050 mit 36.000 Quadratmetern angegeben.

Seite 7 von 10

Wachstumsfaktor 4: Die Tübinger Wissenswirtschaft

Die Tübinger Wirtschaft hat in den letzten zehn Jahren einen großen Aufschwung erlebt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist in zehn Jahren von 35.500 um 7.500 oder 20 Prozent auf 43.000 gestiegen. Wir haben schon gesehen, dass die Universität dazu einen erheblichen Beitrag geleistet hat. Weitere Arbeitsplätze wurden an Forschungsinstituten von Hertie bis Max-Planck geschaffen. Die IT-Branche und die Biotechnologie boomen und auch die großen gewerblichen Arbeitgeber haben kräftig investiert. Große Neubauten haben Horn, Walter, Manz, Himmelwerk, Erbe, Zeltwanger, Kemmler, IT-Design, Syss, Cegat und Cumdente errichtet, im Technologiepark bauen demnächst die TTR, Ovesco und Curevac.

All diese Neubauten konnten wir ohne ein neues Gewerbegebiet, die meisten durch Verdichtung und Flächenrecycling unterbringen. In der Summe rund 65.000 Quadratmeter Geschossfläche. Aber so, wie an der Universität die Verdichtung allmählich an Grenzen kommt, so gilt das auch für unsere Betriebe. Wenn wir in Tübingen weiterhin Arbeitsplätze und neuen Wohlstand schaffen wollen, dann müssen wir neue Flächen anbieten können. Wohlgemerkt: Es geht ausschließlich um das Wachstum von Betrieben, die in Tübingen bestehen oder gegründet werden. Wir werben keine Unternehmen ab.

Wenn wir diese vier Faktoren zusammen betrachten, scheint mir folgendes Fazit weitgehend Konsens: Die Entwicklung der Stadt, der Universität, des Klinikums und der Tübinger Wirtschaft ist positiv. Ein weiteres Wachstum ist wünschenswert. Und möglich ist das nur, wenn wir dafür ausreichende und geeignete Flächen bereitstellen.

Zielkonflikt: Wachstum versus Landschaft

Damit ist aber noch nicht viel gewonnen. Denn es gibt einen zweiten Konsens in unserer Stadt, der zu einem Zielkonflikt führt: Wir wollen, dass Tübingen so grün bleibt, wie es ist. Wir wollen unsere wunderschöne Landschaft und Natur schützen und unsere Naherholungsgebiete erhalten.

Was uns bevorsteht, ist also ein schwieriger Abwägungsprozess. Den ersten Prüfungsschritt habe ich Ihnen heute schon dargestellt. Nämlich die kritische Frage, wie groß der

Bedarf an Flächenwachstum ist. Ich denke, mit den genannten Zahlen sind wir nicht zu großzügig. Dafür spricht auch der Vergleich mit unserer Nachbarstadt Reutlingen. Dort sind mehr als 100 Hektar Gewerbeflächen geplant, wir sehen für Tübingen einschließlich Klinik und Universität 40 Hektar vor. Ähnlich sieht es bei den Wohnbauflächen aus: Tübingen 30 Hektar in der freien Landschaft, Reutlingen 110 Hektar. Reutlingen plant also, etwa dreimal mehr Flächen für Neubebauung bereitzustellen als Tübingen. Ich meine, dass wir mit dieser sehr zurückhaltenden Wachstumspolitik der besonderen Verantwortung für unsere von Talauen, Hügeln und Wäldern abwechslungsreich und ökologisch sehr wertvoll geprägten Landschaft gerecht werden. Ich glaube, auch da werden mir die meisten zustimmen.

Der Streit beginnt wie so oft, wenn es konkret wird. Im letzten Jahr habe ich den Vorschlag gemacht, dass Wasserschutzgebiet Au zum Gewerbegebiet umzuwidmen. Es wäre groß genug, um den Bedarf von zehn Hektar aufzunehmen und grenzt zudem an zwei Seiten an Gewerbe und an zwei Seiten an stark befahrene Straßen an. Die Reaktionen waren, freundlich gesagt, etwas unfreundlich. Der Vorschlag ist noch nicht vom Tisch, denn ein anderes Gebiet zu finden, wird auch nicht einfach, weil dafür nur das Neckartal in Frage kommt. Grundwasserbildungsgebiet ist das in jedem Fall.

Ähnlich kontrovers könnte die Debatte über die Erweiterungsflächen für Klinikum und Universität ausfallen. Aus für mich einsehbaren Gründen können diese Flächen nur an das Klinikum und die Morgenstelle angrenzen. Im Fall des Klinikums ist das entweder die Sarchhalde oder der Steinenberg. Im Falle der Universität die Ebenhalde oder die Rosenu. Ganz ohne Frage sind diese Flächen von großem landschaftlichen Wert und, wie erste Gutachten zeigen, auch ökologisch äußerst schützenswert.

In der öffentlichen Debatte, die wir dieses Jahr führen sollten, werde ich mich für folgende Linie einsetzen. Vor der Klammer steht die Überzeugung, dass wir Flächen im dargestellten Umfang benötigen. Für die Verteilung der Flächen sehe ich eine klare Priorität:

Für die medizinische Forschung soll zuerst die Sarchhalde bebaut werden, erst dann und nur im Notfall der Steinenberg. Für diese Rangfolge spricht meiner Meinung nach, dass die Sarchhalde anders als der Steinenberg kaum eine Naherholungsfunktion hat, der Steinenberg weitaus wertvollere Tierarten beherbergt und die Erschließung durch die Schnarrenberg-Auffahrt ohne neue Straßen möglich ist. Mit diesem Kompromiss wäre der Steinenberg zumindest für eine ganze Generation vor jeder weiteren Bebauung gerettet. Ich hielte das für einen großen Erfolg.

Für die Universität sehe ich den Schwerpunkt an der Ebenhalde, am besten durch einen Ersatz des bestehenden Parkhauses, das sehr niedrig ist und damit sehr viel Fläche benötigt. Diese Flächen sind näher an der Morgenstelle, von Straßen umschlossen und ökologisch weniger wertvoll. Nur was dort nicht unterzubringen ist, sollte später auf die Rosenau.

Seite 9 von 10

Die gewerbliche und wissenschaftliche Entwicklung unserer Stadt könnte in den kommenden 15 Jahren also etwa so aussehen: Für produzierendes Gewerbe zehn Hektar im Neckartal, im Saiben, in der Au oder in den Traufwiesen. Zehn Hektar im Innenbereich für den Technologiepark auf der Viehweide und am Horemer. Für die medizinische Forschung zehn Hektar vorrangig in der Sarchhalde. Und für die Universität zehn Hektar vorrangig an der Ebenhalde. In der Summe also vierzig Hektar. Dazu kommen weitere 20 Hektar für kleinere Gewerbeflächen und 30 Hektar für Wohnungsbau. Das bedeutet den Verlust von acht Millionen Quadratmeter Natur in zwei Jahrzehnten. Ich finde das sehr schmerzlich, aber ich sehe keinen guten Weg, das zu vermeiden.

Ausblick

Liebe Tübingerinnen und Tübinger, ich hoffe, ich konnte Ihnen aufzeigen, dass wir uns in der Stadtverwaltung alle erdenkliche Mühe geben, ein so sensibles Thema wie die bauliche Entwicklung der Stadt mit größter Sorgfalt zu behandeln. Wir tun dies in einer Phase, in der die Verwaltung so viele Aufgaben gleichzeitig bewältigen muss wie selten zuvor. Überall wird gebaut. Die Kräne über dem Güterbahnhof werden dieses Jahr ein Symbol dieses Booms sein. Wir müssen 1.500 Flüchtlinge in unserer Stadt integrieren. Die Geburtenzahlen steigen überraschend stark an. Wir brauchen schnell mehr Platz in Kindergärten und Schulen. Und so, wie wir Tübinger sind, soll alles nicht nur schnell gehen, es muss auch jeder beteiligt sein und mitreden dürfen. Ich finde, die Stadtverwaltung erbringt hier eine großartige Leistung und dafür will ich heute auch Dank sagen. Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an die beiden Bürgermeister, in deren Dezernaten die Entwicklung stattfindet: Liebe Christine Arbogast, lieber Cord Soehlke, hier im Festsaal der Universität finde ich dafür nur einen Begriff: exzellent!

Wenn ich mir von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, für das neue Jahr etwas wünschen darf, dann dies: Bringen Sie sich frühzeitig und wertschätzend ein. Nehmen Sie unsere Informationsangebote wahr und mischen Sie sich ein. Gehen Sie bei öffentlichen Äußerungen in Versammlungen, im Leserbriefteil des Tagblatts oder auch auf Facebook zunächst davon aus, dass auch eine andere Meinung als Ihre eigene begründbar sein könnte. Eine gute Diskussionskultur wird immer wichtiger für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und den brauchen wir dringend. Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie. Demokratie aber, das haben uns die Ereignisse des letzten Jahres gelehrt, ist nicht automatisch und selbstverständlich der Endpunkt der Geschichte. Sie kann in

Gefahr geraten, sogar scheitern. Autoritäre Regierungsformen sind auf dem Vormarsch. Wir müssen um unsere Demokratie ringen, sie verteidigen und pflegen. Besonders in unserer kleinen großen Stadt.

Seite 10 von 10

- In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein konstruktives Jahr 2017.